

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 686 646 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Klaus Wettig MdEP zum Ausgang der Europawahl: Nur 0,5 Prozent trennen die SPD von den Unionsparteien.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zum Erfordernis, Polen zu helfen: PVAP und Solidarnosc sind ein Experiment eingegangen.

Seite 3

Dagmar Luuk MdB zur Lage nach den Wahlen in Griechenland: PASOK trotz Niederlage nicht ganz aus dem Rennen.

Seite 4

Reinhold Hiller MdB zur Bonner Untätigkeit im Bereich des deutsch-deutschen Umweltschutzes: Außer Gespräche nichts gewesen.

Seite 5

Florian Gerster MdB zur Dauer des Grundwehrdienstes in der Bundeswehr: 15 Monate sind die Obergrenze!

Seite 6

44. Jahrgang / 215

20. Juni 1989

Nur 0,5 Prozent trennen die SPD von den Unionsparteien

Eine Nachlese zum Ausgang der Europawahl

Von Klaus Wettig MdEP
Mitglied der Wahlkampfleitung

Europawahlergebnisse können täuschen. Dafür muß man Verständnis haben. Denn schließlich gibt es sie erst seit zehn Jahren. Jenseits der schnellen Interpretationen von Mikrofonen und Kameras sagt uns das Ergebnis vom Sonntag:

1. Nur 1949 und 1972 war die Differenz zwischen den Unionsparteien CDU und CSU gegenüber der SPD so gering wie am 18. Juni 1989. Bei allen anderen bundesweiten Wahlen vorher, ob zum Bundestag oder zum Europäischen Parlament, konnten die Unionsparteien gemeinsam einen deutlichen Abstand zur SPD sicherstellen. Am 18. Juni ist er auf 0,5 Prozent geschrumpft.
2. Jede Analyse des Ergebnisses vom 18. Juni muß im Auge behalten, daß die Europawahlergebnisse in der Vergangenheit stets nur geringfügig von den nachfolgenden Bundestagswahlergebnissen abwichen. Trotz der geringeren Wahlbeteiligung nahm die Europawahl 1979 und 1984 stets mit beachtlicher Nähe das Bundestagswahlergebnis vorweg.
3. Der Vormarsch der Republikaner ist ein süddeutsches Ereignis. Dafür gilt: Die Häresien sind die Sünden der Kirche. Ohne die Schwäche von CDU und CSU gäbe es im Europäischen Parlament keine Republikaner. Zwar hat auch die SPD an die Reps verloren, doch kommt die Masse der Stimmen von der Union. In Norddeutschland allein hätten es die Reps nicht geschafft.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Personen-Umgebung
mit dem alten Katalog
Rechtsgeschichte



4. Der katastrophale Verlust der Union an die Reps muß zum Umdenken veranlassen. Denn kein Demokrat darf dem Anwachsen der Rechtsradikalen tatenlos zusehen. Die Union muß Schluß machen mit Argumenten, die den Reps helfen, sie aber nicht bekämpfen. Aufgeben muß die Union ihre unklare Haltung zu Aussiedlern, Ausländern und Asylbewerbern; solange sie mit ihren Argumenten ein fremdenfeindliches Klima begünstigt, gibt es keine gemeinsame Front der Demokraten gegen die Reps.
5. Wir Sozialdemokraten sehen mit Befriedigung, daß die Kampagne von CDU und CSU, die SPD als antieuropäische Partei abzumalen, gescheitert ist. Dieses Thema ist für die Zukunft erledigt. Es werden bei künftigen Europawahlen europapolitische Konzepte im Wettbewerb stehen, nicht innenpolitische Fragen. Weder „Laßt die Wende wackeln“ (1984: SPD) noch „Radikale und SPD...“ (1989: CDU) können eine Europawahl zu einer innenpolitischen Entscheidung umgestalten.
6. Für die SPD heißt das Ergebnis vom 18. Juni, daß CDU und CSU nicht mehr den Anspruch erheben können, die „Europapartei“ zu bilden. Die SPD hat aufgeholt. Das Problem der „schiefen Mobilisierung“ zugunsten der CDU und CSU gehört der Vergangenheit an.
7. Die SPD hat ein außerordentliches Ergebnis errungen. Trotz des Wermutstropfens „Zweiter Platz“ bleibt als wichtigstes Ergebnis: Die Unionsparteien liegen gemeinsam unter 40 Prozent und die SPD ist gleichauf.
8. Dieses Ergebnis berechtigt zu Hoffnungen für die nächsten Wahlen. Nach dem Gleichstand vom 18. Juni heißt es für die SPD: Schwachstellen ausgleichen und eigenes Lager mobilisieren. Denn auch der 18. Juni zeigt, daß es daran noch gemangelt hat.
9. Die Europawahl war eine Zwischenwahl. Sie zeigt, daß die Regierungskoalition ihre Mehrheit verloren hat und für andere Konstellationen der Weg ebenfalls versperrt ist.
10. Im neugewählten Europäischen Parlament wird die Sozialistische Fraktion mit großem Abstand die stärkste sein. Das Ergebnis der SPD hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Ihre starke Position wird die Sozialistische Fraktion dazu nutzen, die Binnenmarkt-Entwicklung sozial und ökologisch zu gestalten.

(-/20. 6. 1989/vo-he/rs)

* * *

PVAP und Solidarnosc sind ein Experiment eingegangen

Zum Erfordernis, Polen zu helfen

Von Gert Weisskirchen MdB

Das Bürgerkomitee Solidarnosc hat die Parlamentswahlen mit einem vollen Erfolg auch in der zweiten Runde abgeschlossen.

Die PVAP kann zwar die Mehrheit des Sejm knapp kontrollieren. Ihre Macht hat jedoch ein Gegengewicht gefunden durch den überwältigenden moralischen Sieg der Opposition.

Darüber hinaus deutet alles darauf hin, daß der 65-Prozent-Block der regierungsnahen Repräsentanten im Sejm nicht monolithisch festgelegt ist. So konnte sich in Danzig der ehemalige Parteichef Tadeusz Fiszbach gegen den Willen der Parteiführung durchsetzen.

Dieser Ausdruck der inneren Differenzierung in der PVAP öffnet neue Chancen. Die neugewählten Kammern sind gezwungen, den historischen Kompromiß des runden Tisches fortzuführen.

Vor Ihnen liegen gewaltige Aufgaben. Der Demokratisierungsprozeß soll vorangetrieben werden. Und es muß verknüpft werden mit der dringend anstehenden ökonomischen Modernisierung.

PVAP und Solidarnosc sind ein Experiment eingegangen. Es bleibt gefährdet, bis die Polen gewonnen werden zur Mitarbeit.

Die Zurückhaltung an beiden Wahltagen belegt die noch anhaltende Skepsis.

Wir Deutschen sollten endlich ein deutliches Zeichen setzen. Polen wartet auf unsere Hilfe.

Was noch fehlt, ist die Bereitschaft der Bundesregierung, den neuen Kurs der innergesellschaftlichen Annäherung zu fördern.

(-/20.6.1989/va-he/rs)

* * *

PASOK trotz Niederlage nicht ganz aus dem Rennen

Zur Lage nach den Wahlen in Griechenland

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Trotz ihrer Wahlschlappe vom vergangenen Sonntag - so ganz am Ende sind Andreas Papandréou und seine PASOK noch immer nicht. Sicherlich: die PASOK hat angesichts der Kette von Skandalen und Affären rund sechs Prozent der Stimmen eingebüßt und damit die absolute Mehrheit verloren. Die Konservativen unter Konstantin Mitsotakis sind mit knapp 45 Prozent Stimmenanteil stärkste Partei geworden, Papandréou hat seinen Rücktritt eingereicht. Aber Mitsotakis hat möglicherweise einen Phyrussieg errungen. Ihm fehlen sechs Mandate zur absoluten Mehrheit und ein Koalitionspartner ist nicht in Sicht, die „Allianz der Linken und des Fortschritts“ nämlich, jenes Bündnis aus Kommunisten und anderen Links-Gruppierungen und Grünen verweigert sich mit seinen 29 Mandaten den Konservativen, andere veritable Kräfte sind im Griechischen Parlament nicht vertreten. Die „Demokratische Erneuerung“ sowie die Vertretung der moslemischen Minderheit aus Trazien, die mit je einem Abgeordneten im Parlament vertreten sind, scheiden mangels Masse an Mandaten als potentielle Koalitionspartner aus. Das momentane Schweigen der griechischen Konservativen spricht Bände: Es gilt als wahrscheinlich, daß Mitsotakis, der zu Beginn des Wahlkampfes noch vollmundig die Bildung einer Alleinregierung angekündigt hatte, alsbald den ihm von Staatspräsident Sarzitakis erteilten Auftrag zur Regierungsbildung an den Präsidenten zurückgeben muß. In Athen wird es für ausgeschlossen gehalten, daß es dem konservativen Parteiführer gelingt, die zur Regierungsbildung noch notwendigen sechs Abgeordneten auf seine Seite zu ziehen.

Scheitert Mitsotakis, geht der Auftrag zur Regierungsbildung an Andreas Papandréou über, der erwartungsgemäß kräftig gebeutelt aus diesem Wahlkampf hervorgegangen ist. Die PASOK-Niederlagen waren in Athen und Saloniki am größten, lediglich eine gewisse Stabilität bei der Wählerschaft auf dem Lande hatte den Sturz der PASOK ins Bodenlose verhindert. Einige Sprecher der Partei haben jedoch unmittelbar nach dem Feststehen der Wahlniederlage Papandréou für das Debakel verantwortlich gemacht und seinen Rücktritt von der Spitze der PASOK verlangt. Auch die „Allianz der Linken und des Fortschritts“ unter dem Kommunisten Harialous Florakis hat sich zumindest im Wahlkampf für einen Rücktritt Papandréous ausgesprochen. Florakis hat sich zu einer politischen Zusammenarbeit mit all denen aus der PASOK ausgesprochen, die Konsequenzen aus den Skandalen und Korruptionsaffären der letzten Monate zu ziehen bereit sind. Wenn nach dem Scheitern Mitsotakis dann Papandréou den Auftrag zur Regierungsbildung erhält, kommt für die „Allianz“ die Stunde der Wahrheit. Papandréou aber weiß um den Hauch seiner Chance, die ihm verbleiben könnte. Er hat schon unmittelbar nach der Wahl darauf hingewiesen, daß im Parlament demnächst eine progressiv-demokratische Mehrheit existieren wird. Allerdings: die Mehrheit von PASOK und Allianz mit 153 von 300 Mandaten ist alles andere als beeindruckend.

Ob sie zum Tragen kommt, wird sich in den nächsten Tagen zeigen. Nicht auszuschließen ist, daß Florakis die Forderung nach dem Rücktritt Papandréous erhebt und tatsächlich nur unter dieser Bedingung zu einem Eintritt in eine Koalition bereit ist. Mag sein, daß die „Allianz“ tatsächlich Ernst macht mit ihrer Forderung aus dem Wahlkampf, vor einer Koalitionsbildung müsse erst reiner Tisch an der Skandalfront gemacht werden. Auch in der PASOK könnten solche Stimmen laut werden und damit würde sich Andreas Papandréou zweifellos schwer tun. Der Ausbau demokratischer Strukturen innerhalb der PASOK ist überfällig.

Zwei Tage nach den Wahlen in Griechenland ist die Lage einigermaßen unübersichtlich: Am 3. Juli tritt das neue Parlament zusammen, Mitsotakis strebt eine Minderheitsregierung an, die Koalitionsgespräche auf der Linken beginnen. Fraglich ist, ob Papandréou politisch überlebt, denn eine Koalitionsbildung der Linken angesichts dürftiger Mehrheiten und ungeklärter Affären ist kaum erfolgverheißend. Realistischer erscheint da schon, daß in Athen ein politisches Zwischenspiel inszeniert wird, bevor die Griechen erneut zur Wahl schreiten.

(-/20.6.1989/vo-he/rs)

* * *

Außer Gesprächen nichts gewesen

Zur Bonner Untätigkeit im Bereich des deutsch-deutschen Umweltschutzes

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die Bundesregierung ist im deutsch-deutschen Umweltschutz noch immer ohne konkrete Ergebnisse. Dies ist eine Erkenntnis aus der jüngsten Fragestunde im deutschen Bundestag.

Auf meine Frage

„Welche Vereinbarungen und Maßnahmen sind seit dem Inkrafttreten des deutsch-deutschen Umwelt-Abkommens im Rahmen dieses Abkommens getroffen worden?“

mußte der Parlamentarische Staatssekretär Grüner zugeben, daß in den fast zwei Jahren seit Inkrafttreten des Umweltabkommens mit der DDR außer Gesprächen nichts konkretes erreicht wurde.

Während man beim Bund Gesprächskreise zum deutsch-deutschen Umweltschutz unterhält, ist man im Bereich der Bundesländer und erst recht der Industrie wesentlich weiter, man betreibt den Ausbau der Praxis.

Aber die Bundesregierung war offensichtlich über den Stand des deutsch-deutschen Umweltschutzes auf dieser Ebene nicht informiert, denn eine entsprechende Nachfrage konnte nicht beantwortet werden.

Auf die Frage

„Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, in welchen Wirtschaftsbereichen sich von der Bundesrepublik Deutschland unterstützte Umweltprojekte auch für die DDR nicht nur ökologisch lohnen, sondern auch ökonomisch rechnen?“

wurde erst gar nicht eingegangen. Ich werde daher die Frage noch einmal in schriftlicher Form an die Bundesregierung richten. Für den Fall, daß, wie zu befürchten, keine Erkenntnisse vorliegen, wird die Bundesregierung hoffentlich bereit sein, eine Untersuchung zu diesem Thema in Auftrag zu geben.

Für ein vernünftiges und realistisches deutsch-deutsches Umweltkonzept ist die Kenntnis dieses Bereichs eine notwendige Voraussetzung und ein solches Gesamtkonzept ist längst überfällig. Die SPD wird dies nicht tatenlos hinnehmen und an ihrem Konzept der „Ökologischen Sicherheitspartnerschaft“ weiterarbeiten, um für die Zeit der Regierungsverantwortung sofort die Versäumnisse dieser Regierung durch Handeln zu mildern.

(-/20.6.1989/va-he/rs)

* * *

15 Monate sind die Obergrenze!

Zur Dauer des Grundwehrdienstes in der Bundeswehr

Von Florian Gerster MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses

Auch das Bundesverteidigungsministerium richtet sich darauf ein, daß es bei 15 Monaten Grundwehrdienst bleibt. Die Rückkehr zu den alten Einberufungsterminen widerlegt die offizielle Begründung, 1992 müsse der Wehrdienst verlängert werden. Die Planer in den Führungsstäben der Streitkräfte fügen sich in das Unvermeidliche und arbeiten an einer Bundeswehr der 90er Jahre mit einer Friedenspräsenz um 400.000 Soldaten.

Ohne tiefe Eingriffe in die Wehrstruktur - vor allem des Heeres - wird dies nicht gehen. Heeresstruktur 2000 und Konzeption Reservisten reichen dazu nicht aus. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die von uns geforderte Wehrstrukturkommission trotz des hinhaltenden Widerstandes der CDU/CSU kommen wird, weil sie objektiv notwendig ist.

Wertvolle Zeit ist vertan worden: Für deutsche Interessen wäre es gut gewesen, eine Konzeption für die eigenen Streitkräfte in der gemeinsamen Vorverteidigung zu entwickeln, bevor die Supermächte und das Bündnis sich bei den Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle über Reduzierungen und Strukturveränderungen der Streitkräfte verständigen, die wir dann nur umzusetzen haben.

Mit 15 Monaten Grundwehrdienst - aus sozialdemokratischer Sicht eine Obergrenze - befinden wir uns im Atlantischen Bündnis in guter Gesellschaft: Die USA und Großbritannien haben keine Wehrpflicht, Frankreich läßt seine Wehrpflichtigen zwölf Monate dienen. Eine Reihe von NATO-Partnern haben die Dauer des Grundwehrdienstes unter 15 Monaten festgelegt.

Einen Wehrdienst von deutlich über 15 Monaten müssen nur die Wehrpflichtigen des Warschauer Paktes ableisten: im Schnitt zwei Jahre. Daran wollen wir uns gerade zum Zeitpunkt der Entmilitarisierung des Ost-West-Konfliktes nicht orientieren!

(-/20.6.1989/vo-he/rs)